

Fraktion **Bündnis 90 / Die Grünen** im Gemeinderat zum Haushaltsplan der Stadt Walldorf für das Jahr 2006 :

Sehr geehrte Damen und Herren,
Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

der Haushaltsplan der Stadt Walldorf steht heute auf der Tagesordnung und bisher war dies ein Grund, mit Superlativen nicht zu geizen, von der einzigartigen finanziellen Situation unserer Stadt, von der herausragenden Einnahmesituation, ausgelöst durch mehr oder weniger einen einzigen Gewerbesteuerzahler und so weiter und so fort zu sprechen.

In diesem nun schon 24 Tage altem Jahr sind wir nun gezwungen, ganz andere Dinge hier vorzutragen. Unsere Einnahmesituation hat sich geändert. Auf Druck der SAP, wurde der Hebesatz für die Gewerbesteuer von 290 auf 255 gesenkt. Für die Firma und die dort Verantwortlichen bleibt dann der Gemeinde Walldorf noch genügend Finanzmittel, um ihre Ausgaben abdecken zu können. Außerdem wurde darauf verwiesen, dass die Stadt aufgrund der Steuerzahlungen in den letzten Jahren genug Geld auf der hohen Kante hat, um ihre geplanten Investitionen realisieren zu können.. Begründet wurde dieses Verlangen mit dem Druck der Großaktionäre, die eine bessere Steuerquote des Weltunternehmens einfordern. Der Druck, dieser Senkung des Steuerhebesatzes zuzustimmen, wurde mit Verweis auf die niedrigeren Steuersätze in Brandenburg oder im europäischen Ausland noch enorm verstärkt, so dass die Mehrheit des Gemeinderates dieser Maßnahme zugestimmt hat.

Der Ausdruck Steuer bedeutet auch, dass man in der Lage ist etwas zu steuern, zu beeinflussen. In Walldorf sind uns durch den Druck der SAP hier aber die Hände gebunden. Unklar ist auch, ob die bisherige Absenkung der Firma ausreicht oder ob die Abwärtsspirale weiter geht. Bemerkenswert ist, dass diese Forderungen erst jetzt an uns herangetragen werden, die Vermutung liegt nahe, dass dies erst zu einem Zeitpunkt geschieht, nach dem alle Expansionswünsche der Firma SAP durch die Gemeinde vorbildlich erfüllt sind und in Walldorf die Ausbaupazitäten erreicht sind. In Rot zahlt man weiter einen Hebesatz von 290 Punkten.

Die Fraktion von Bündnis 90 / Die Grünen hat schon immer auf die Gefahren der einseitigen Abhängigkeit von einem Unternehmen hingewiesen, genauso oft auf die Gefahren einer drohenden Abschaffung der Gewerbesteuer. Von beiden droht die Gefahr, dass sie von heute auf morgen verschwinden oder auf Null zurückgehen. Man halte sich nur vor Augen, dass der größte Konzern Europas, Daímiler-Chrysler, zwölf Jahre lang keine Gewerbesteuer gezahlt hat.

Um hier den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt und den nachfolgenden Generationen langfristig die sehr guten Standards im sozialen und ökologischen Bereich zu sichern, hatten wir im letzten Jahr den Antrag gestellt, eine Generationenstiftung zu gründen. Diese Stiftung sollte - jedes Jahr mit einer ordentlichen Zustiftung von einigen Millionen Euro versehen - irgendwann in der Lage sein, mit den Zinseinnah-

men unsere vorbildlichen kommunalen Förderprogramme für Maßnahmen, z.B. im Bereich Kinder und Jugendliche und im Bereich Ökologie zu finanzieren. Bisher ist es dazu nicht gekommen, da die gewohnt verkrusteten bürokratischen Apparate der behördlichen Verwaltungen, Landkreis und Regierungspräsidium, diese Möglichkeit nicht zulassen wollen. Begründet wird dies mit gesetzlichen Vorschriften, mit denen solche Regelungen nicht vereinbar seien. Wenn ein Unternehmer seine Aktien oder sein Kapital in eine Stiftung einbringt, weil er sie langfristig dem Fiskus entziehen will, dann geht das allemal, Beispiele vor Ort gibt es ja bekanntlich. Dieser Punkt ist für uns noch nicht abgehakt, wir werden hier weiter tätig sein.

Erste Früchte hat unser Ansinnen dennoch schon getragen, denn es wurde eine bisher schon mögliche Variante, Zahlungen in den Pensionsfonds des Landes genutzt, um sich für wirtschaftlich schlechtere Zeiten ein Polster zu schaffen. Konkret wurden im Jahr 2005 10 Millionen Euro in diesen Topf eingezahlt, die zum einen ordentlich verzinst werden, zum anderen, als Ausgleich in schwierigen Jahren genutzt werden können.

Aber auch in anderen Bereichen konnten wir GRÜNE Erfolge erzielen. Wo uns das immer wieder ganz besonders freut ist in unserem Kernbereich und wichtigstem Politikfeld, der Ökologie. Ein Thema, das wieder mehr Beachtung findet, dies aber nur deshalb, weil sich damit Schreckensmeldungen verbinden, die neu und vor allem schrecklich sind, ich nenne nur den Hurrikan Katrina in New Orleans.

Ökologisches Engagement war eine gewisse Zeit nicht mehr auf der Tagesordnung. leider müssen uns erst wieder Katastrophen mit Tausenden von Toten auf Änderungen unserer Lebens- und Verhaltensweisen aufmerksam machen. In diesem Zusammenhang muss man immer wieder gezielt auf den GAU in Tschernobyl vor zwanzig Jahren, am 26.04.1986, hinweisen, da einige ewig Gestrige bei CDU und FDP wieder angefangen haben, die Atomenergie zu preisen. Allen voran der neue, im Denken alte, Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Günter Öttinger, der dieses Thema alle zwei Wochen verbrämt, da er sonst von der Presse nicht wahrgenommen würde, da er sonst noch keine großen Leistungen vollbracht hat.

Umweltschutz ist heute wichtiger denn je. Der globale Klimawandel ist die größte sozial-, umwelt- und wirtschaftspolitische Herausforderung unserer Zeit. Menschliche Aktivitäten haben seit Beginn der Industrialisierung zu einem bedrohlichen Anstieg der Treibhauskonzentrationen in der Atmosphäre geführt. Hauptursache ist die derzeitige Energieversorgung durch die Verbrennung fossiler Energie wie Öl, Kohle und Gas, bei der unvermeidbar Kohlendioxid freigesetzt wird. Das Klima hat sich bereits verändert: Naturkatastrophen nehmen stark zu - mit weit reichenden Folgen für Mensch, Wirtschaft und internationalen Frieden. Daher muss der Ausstoß von Treibhausgasen weltweit, national und auch lokal, hier in Walldorf, schnell und dauerhaft reduziert werden.

Besondere Verantwortung hier etwas zu tun und eine Vorreiterrolle zu übernehmen kommt den Industriestaaten zu und Gemeinden der Finanzkraft Walldorfs. Klimaschutzziele sind keine grünen Wunschvorstellungen, sondern wissenschaftlich begründete Notwendigkeiten: Wir müssen die Emissionen bis 2020 bis zu 40 % und bis zur Mitte des Jahrhunderts sogar um bis zu 80 % verringern. Die Ziele sind anspruchsvoll, aber keineswegs utopisch. Vor allem jedoch sind sie ohne Alternative, wenn wir den nächsten Generationen eine lebenswerte Umwelt erhalten wollen. Besonders stolz sind wir deshalb auf das Klimaschutzprogramm hier in Walldorf, das auf unseren Antrag hin, mit Unterstützung aller Parteien natürlich, ins Leben gerufen wurde. Schwerpunkt der Förderung ist die Dämmung von Gebäuden, weil hier die optimalsten CO2 Einsparungen pro eingesetztem Euro zu erreichen sind. Aber auch andere Fördermaßnahmen wie die Förderung von Pelletsheizungen, Förderung des Baus von Passivhäusern, Bezuschussung der Entsiegelung von Flächen, Förderung des Einbaus von thermischen Solaranlagen sind in diesem Programm enthalten. Diese Maßnahmen schonen nicht nur die Umwelt, sondern kurz- oder langfristig führen sie auch zu Kosteneinsparungen und statt Ölmultis fördern wir mit diesem Programm das lokale Handwerk. Erwähnt werden muss hier auch der Neubau des Musik - und Kunstpavillons in Passivhausbauweise.

Energie = GRÜN

Das 21. Jahrhundert wird das Jahrhundert der erneuerbaren Energien sein. Die Grünen haben im Bund, in den Ländern mit Regierungsbeteiligung und wir haben hier in Walldorf die Weichen für den Einstieg in das Solarzeitalter gestellt. Das Förderprogramm der Stadtwerke, kostendeckende Einspeisevergütung für Photovoltaik-Anlagen, war so erfolgreich, dass es dort nicht mehr weitergeführt werden konnte, da die Kosten für einen Wirtschaftsbetrieb nicht zu erbringen sind. Es wurde aber durch ein neues Förderprogramm der Kommune kompensiert.

In diesem Zusammenhang erneuern wir unsere Kritik an den Stadtwerken. Wo, wenn nicht hier, kann im Sektor Energie eine verantwortungsvolle Ökologische Wende vorangetrieben werden. Wo, wenn nicht hier kann der Bürger für Energiesparen belohnt werden. Passiert ist - fast - nichts. Hier geht es nicht um Gewinne machen, hier geht es um Initiativen, Ideen und Innovationen, wie den Einwohnern Energie sparen nahe gebracht werden kann. Als ein Beispiel wie man mit wenig Aufwand bei den Bürgern etwas erreichen kann ist unser Solarnetzwerk, bei dem monatlich der Sonnenkönig ermittelt wird. Die Nachfrage und Mitwirkungsbereitschaft ist enorm.

Baumaßnahmen

Der Haushaltsplan des Jahres 2006 muss unter dem Aspekt der geringeren Steuerzahlungen neu betrachtet werden. Es geht nicht an, dass man hier weiter Geld ausgibt,

wie wenn nichts geschehen wäre. Vor allem bei den Investitionen in den Folgejahren muss wieder darüber diskutiert werden, ob diese notwendig sind und wenn ja in welchem Umfang und mit welchen Kosten diese notwendig sind.

Wer den Investitionsplan bis 2010 betrachtet, unter den Eckdaten, die uns bei der HH-Beratung vorlagen, muss man festhalten, dass bei Realisierung aller Baumaßnahmen das Vermögen, unserer freien Rücklage von 70 Mio Euro auf 16 Mio Euro abnimmt. Von der Verwaltungsspitze müssen wir uns immer wieder anhören, dass Maßnahmen jetzt durchgezogen werden müssen, weil jetzt die finanziellen Mittel vorhanden sind. Wenn sie jetzt auch noch betrachten, wie lange der Bürgermeister und der Stadtbaumeister noch im Amt sein werden, nämlich bis Anfang/Mitte 2011, dann muss hier die Frage gestellt werden und was kommt danach? Wasser und Brot? Verantwortliches politisches Handeln sollte sich immer in der Aussage spiegeln, was für Hürden oder Vermächnisse laden wir den nachfolgenden Generationen auf. Eines der ersten Wahlplakate der Grünen hat dies sehr einfach mit dem Slogan "Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt?" getroffen.

Bundesligastadion

Ein Thema, das Walldorf bewegt und überall für Diskussionsstoff sorgt und das bei den Beratungen für 2006 im Jahr der Weltmeisterschaft nicht fehlen darf und wo angemerkt werden muss, dass immerhin 80 % unserer Fraktion noch aktiv gegen den Ball tritt, ist der geplante Bau eines Fußballstadions.

Gegen den Bau eines Bundesligastadions in Walldorf sprechen mindestens drei gewichtige Gründe:

1. Verkehr

Walldorf ist mit seinen Flächen- und Verkehrskapazitäten am Ende. In Walldorf gibt es 18 000 Arbeitsplätze und 14 000 Einwohner. Diese verursachen schon jeden Wochentag die Verkehrsbelastungen einer Großstadt. Jetzt soll diese Belastung auch noch auf die Wochenenden ausgedehnt werden. Die Luftverschmutzung durch den Verkehr erreicht in Walldorf bundesweite Spitzenwerte, schon ohne Spitzenfußball. Der Öffentliche Personennahverkehr, S-Bahn, zu weit entfernt, um effektiv genutzt werden zu können.

2. Flächenverbrauch

Alleine für das Stadion und die dazugehörigen Parkplätze müsste eine Fläche von 10 bis 12 ha zugestrichelt werden. Der Standort bei den Heidelberger Druckmaschinen würde den Flächenverbrauch zwar etwas verringern, aber er wäre immer noch gewaltig. Die Vorredner haben auf die Schaffung von gewerblichen Arbeitsplätzen hingewiesen, diese stehen aber bei einer Zahl von 15-20 in keinem Verhältnis zum Flächenverbrauch. Dazu kommt noch die Fläche für die neu zu bauende verkehrliche Erschließung in ungeahnter Größe. SAP erweitert gerade seine Bürokapazitäten auf

den letzten zu bebauenden Freiflächen der Stadt, Natur wäre in Walldorf nur noch zwischen Bauwerken zu erahnen, sichtbar wäre sie nicht mehr.

3. Kosten

Das Stadion finanziert Herr Hopp. Wer ist verantwortlich für die Nebenkosten in etwa gleicher Höhe? In Mannheim wurde die SAP-Arena ebenfalls von der Familie Hopp gebaut, die etwa gleich teuren Infrastruktureinrichtungen in Höhe von ca. 110 Millionen Euro musste die klamme Stadt Mannheim schultern. In Walldorf ist noch Geld vorhanden, doch wie sieht das in einigen Jahren aus, wenn einmal die Gewerbesteuer gestrichen wird, wovon immer die Rede ist oder wenn die Quellen durch andere steuerliche Kriterien oder Umstrukturierungen versiegen? Wer übernimmt die Folgekosten für ein solches Stadion in einigen Jahren, wenn Dietmar Hopp nicht mehr dahinter steht. Die Gemeinde Walldorf sicher nicht, denn dazu wird sie nicht in der Lage sein.

4. Belastungen durch Fans und Hooligans

Bundesliga-Fußball muss auch unter dem Aspekt betrachtet werden, dass in die betroffenen Gemeinden alle 14 Tage Massen von Zuschauern in die Städte kommen. Die Vorfälle und Auseinandersetzungen, die Randalen der Fans und die verursachten Zerstörungen sind an jedem Montag in den Zeitungen der Republik nachzulesen. Wie wird sich so etwas auf unsere beschauliche kleine Gemeinde auswirken?

Dass die Walldorfer Bevölkerung in die Entscheidung über den Bau eines Stadions über eine Bürgerbefragung bzw. Bürgerentscheid mit eingebunden werden soll, ist unseres Erachtens kein Ausdruck von Großzügigkeit sondern eine Selbstverständlichkeit und zeigt, dass man aus der „Stadthallengeschichte“ gelernt hat.

Sicherung der virtuellen **Rücklage für Investitionen, Modernisierungen und Erneuerungen** bei städtischen Gebäuden. Nur wer den Begriff Nachhaltigkeit nicht nur als ansprechendes Wort benutzt, sondern die Tragweite begreift, die dahinter steckt, nur wer kapiert, dass es nicht immer nur größer, schneller, höher gehen kann, nur wer die Belastungen durch unsere rege Bautätigkeit sieht, kann nachvollziehen, welche enorme Verantwortung wir für die nachkommenden Generationen haben. Diesen Generationen sind wir verpflichtet, nicht nur teure Bauwerke mit immensen Folgekosten zu hinterlassen, sondern auch finanzielle Mittel, um diese Folgekosten tragen zu können.

Soziales

Wir von Bündnis 90 / Die Grünen haben es schon des Öfteren erwähnt, dass in Walldorf soziale Dienstleistungen angeboten werden, die wahrscheinlich keine zweite Stadt unserer Größenordnung vorzeigen kann. Unsere vorherigen Überlegungen sollen diesen guten Standard sichern helfen. Diesen Standard zu erhalten und qualitativ zu verbessern ist eine Aufgabe, die in Zukunft anzugehen sein wird. Es

wird Zeit, dass eine zweite Wohneinrichtung zur Versorgung unserer älteren Mitbürger gebaut wird. Hier müssen mehr Anstrengungen unternommen, bessere Hilfen angeboten werden, die ein Verbleiben von Senioren in ihren Wohnungen ermöglichen. Deshalb freuen wir uns, dass mit einer großzügigen Spende der Hopp-Stiftung Bewegung in diese Angelegenheit kommt und die Astor-Stiftung damit in die Lage versetzt wird, in diesem Bereich in der Nähe des Hotels Vorfelder einen Neubau anzugehen.

Unsere Anträge zum HH 2006 :

Gender-Mainstreaming

Antrag

Die Verwaltung wird beauftragt, dem Gemeinderat über die Grundsätze des Gender Mainstreaming, ihre Umsetzung in der Arbeit der Verwaltung der Stadt Walldorf und die sich daraus ergebenden Folgen für eine geschlechtergerechte Haushaltspolitik („Gender Budgeting“) zu berichten. In diesem Zusammenhang wird die Verwaltung beauftragt, insbesondere auch über Art und Umfang der in der Verwaltung vorliegenden, nach Geschlechtern differenzierten Daten und Informationen zu berichten.

Gender Mainstreaming ist ein Instrument der Gleichstellungspolitik, das bei allen Vorhaben die unterschiedlichen Lebensbedingungen von Frauen und Männern und die Auswirkungen auf beide Geschlechter berücksichtigt, um tatsächliche Gleichstellung und mehr Chancengerechtigkeit zu erreichen. Mit Gender Mainstreaming in der Haushaltspolitik („Gender Budgeting“) werden die Auswirkungen von Haushaltsentscheidungen auf Frauen und Männer in verschiedenen sozialen und wirtschaftlichen Lebenslagen ermittelt. Dabei werden auch die Wirkungen auf die Verteilung von Einfluss und Geld sowie unbezahlter und bezahlter Arbeit zwischen verschiedenen Gruppen von Männern und Frauen untersucht. Nach Geschlechtern differenziertes Zahlenmaterial ist dabei unerlässlich.

Corporate Social Responsibility (CSR) Konzepte in Walldorf fördern

Antrag:

Zur Förderung und Anerkennung unternehmerischer gesellschaftlicher Verantwortung, lobt die Stadt Walldorf einmal jährlich einen Preis in angemessener Höhe für "Local Corporate Citizenship" aus, bei dem das CSR-Reporting (Corporate Social Responsibility) von Unternehmen der Stadt bewertet und ausgezeichnet wird. Besonderes Augenmerk liegt hierbei auf klein- und mittelständischen Unternehmen.

Begründung:

Die Wirtschaft ist einer der Hauptakteure für eine nachhaltige Entwicklung. Auch über gesetzliche Verpflichtungen und die Einhaltung von Standards hinaus tragen Unternehmen gesellschaftliche und ökologische Verantwortung - denn für einen langfristigen Erfolg brauchen sie eine intakte Umgebung und das Vertrauen der Gesellschaft. Corporate Social Responsibility (CSR) ist dabei weltweit zu einem Richtungweisenden und ambitionierten Leitbild geworden. CSR entspringt der Eigeninitiative eines jeden Unternehmens und steht für gelebte Verantwortung in einem wettbewerbsorientierten Umfeld. Unternehmen können ihre Tätigkei-

ten so ausüben, dass sie ihre Gewinnziele erreichen, die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit steigern und gleichzeitig umweltbewusst und sozial verantwortlich handeln.

Stolpersteine

Unseren Antrag möchten wir insoweit modifizieren, dass wir die Unterstützung der Gemeinde bei den baurechtlichen Vorgaben in Anspruch nehmen möchten. Bei den Beratungen haben wir beschlossen, diese Art der Vergangenheitsbewältigung als private Maßnahmen durch Bündnis 90 / Die Grünen versuchen werden zu realisieren und die Finanzmittel durch Spenden zu erhalten, bei den geringen Kosten pro Stein, ca. 100 Euro, denken wir, dass uns dies gelingen wird. Da sich auch die Anzahl der Stolpersteine in einem überschaubaren Rahmen halten dürfte.

Antrag

Die Stadt Walldorf beteiligt sich an der „Aktion Stolpersteine“ und finanziert die Verlegung von Stolpersteinen des Künstlers Gunter Demnig in Walldorf. Mit der Verlegung von Stolpersteinen wird dazu beigetragen, die Erinnerung an die unter der Nazi-Herrschaft verfolgten Bürgerinnen und Bürger Walldorfs wach zu halten und überall im Stadtgebiet die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit begreifbar zu machen.

Begründung:

Die „Aktion Stolpersteine“ hat hohe Symbolkraft für die Auseinandersetzung mit der Nazi-Vergangenheit. In zahlreichen Groß und Kleinstädten Deutschlands, darunter Berlin, Freiburg, Lübeck, Leipzig und München, wurden bereits Stolpersteine von Gunter Demnig verlegt und erinnern auf der Straße in der Nähe ehemaliger Wohnhäuser an die Verfolgten des Nazi-Regimes.

Der Verlegung der Stolpersteine sind keine Grenzen gesetzt – sie soll der Erinnerung möglichst vieler von den Nazis verfolgter Gruppen dienen. Viele kleine Stolpersteine (in der Größe von Pflastersteinen) können an allen Orten der Stadt die Auseinandersetzung mit den ehemaligen BewohnerInnen wecken und zugleich auch heute ein Mahnmal für die noch immer vorhandene Ausgrenzung bestimmter Gesellschaftsgruppen darstellen.

Weitere Anträge von uns waren:

Kreuzung Rennbahn-Westumgehung

Die Kreuzung soll umgebaut werden und in Form eines Kreisels gestaltet werden. Diese Kreuzung ist ein Unfallschwerpunkt auf Walldorfer Gemarkung und wir versprechen uns mit der vorgeschlagenen Bauweise eine Entschärfung dieses Gefahrenpunktes.

Tag des Rades

Auf unseren Antrag aus dem Jahre 2005 hin wird im Jahr 2006 ein Tag des Rades durchgeführt. Wir wollen damit die Bürgerinnen und Bürger mit einer eindrucksvollen Aktion auf die Nutzungen alternativer Fortbewegungsmittel hinweisen

Bike and Ride Stellplatz am Friedhof

Auch hier war der Hintergrund, dass alle notwendigen Voraussetzungen geschaffen werden sollen, damit die Bürger auf das Fahrrad umsteigen. Die Nutzung von Fahrgemeinschaften soll nicht nur für Autofahrer optimal ausgerichtet werden, es sollen ebenfalls für Radfahrer sehr gute Vorausset-

zungen geschaffen werden, deshalb die Einrichtung von überdachten Fahrradabstellplätzen am Friedehof.

Kinderkrippe

Wir haben den Antrag gestellt, dass der Bau einer weiteren Einrichtung zur Versorgung von Kleinkindern vom Jahr 2007 auf das Jahr 2006 vorgezogen werden soll, dieser Antrag erhielt im Finanzausschuss eine Mehrheit.

Meine Damen und Herren,

zum Schluss dieser Ausführungen zum Haushalt 2006 möchte ich mitteilen, dass die Fraktion der Grünen mehrheitlich dem Haushaltsplan für 2006 zustimmen wird. Ich selbst werde später eine persönliche Erklärung zu meiner Ablehnung des Haushaltes abgeben.

Wilfried Weisbrod